

## Wie ich Bürgermeister wurde

Mitte Februar 2019 wurde ich von einer befreundeten Familie zum Kaffee eingeladen. Als ich das Wohnzimmer betrat, waren zu meinem Erstaunen noch andere Gäste aus dem Ort zugegen. In den Wintermonaten 2018/19 sprach man im Ort viel über Gemeindeangelegenheiten und über die vielen Streitigkeiten in der Gemeindevertretung. In der Kaffeerunde gab es eine große Unsicherheit darüber, wer neben einem jungen Gemeindevertreter wohl noch als Bürgermeisterin oder Bürgermeister kandidieren würde und welche alten und neuen Wählergruppen zur bevorstehenden Wahl Kandidaten für die Gemeindevertretung aufstellen würden. Die bisherige Bürgermeisterin hatte nach 20-jähriger Amtszeit deutlich erklärt, nicht mehr zu kandidieren. Als der Nachmittag zu Ende ging, trat eine Gemeindevertreterin auf mich zu und sagte: „*Claus, willst Du das nicht machen? Du gehst doch nächstes Jahr in den Ruhestand und Dir trauen wir das Ehrenamt eines Bürgermeisters zu.*“ Mit diesem Ausgang des Nachmittags hatte ich nicht gerechnet. Eigentlich hatte ich mir für meinen Ruhestand andere Dinge vorgenommen. Ich wollte mich in einer zweiten Musikgruppe engagieren und mich der plattdeutschen Sprache sowie meinem kirchlichen Engagement verstärkt zuwenden.

Die Zeit drängte, denn in wenigen Wochen musste die Kandidatur zum Bürgermeisteramt formgerecht im Amt abgegeben werden.

Ich suchte mir also in den folgenden Tagen vier sehr unterschiedliche Menschen, von denen ich wusste, dass sie meine Schwächen und Stärken sowie die Umstände in Seehof kannten und bat um Beratung. Keiner dieser vier Berater hat sogleich „Ja“ gesagt und mich ermuntert, Bürgermeister zu werden. Vielmehr haben sie bei dieser Anfrage bedenkliche und sorgenvolle Gesichter gemacht und mich gefragt: „... *willst du dir das in Seehof wirklich antun? Denk' an die Querelen Deiner Vorgängerin.*“ In den folgenden Gesprächen haben wir herausgearbeitet, welche Chancen und welche Gefahren mit einer unabhängigen Kandidatur verbunden sein könnten und ich erhielt die Zusage, dass mich diese vier Berater im Falle eines Wahlsieges auch weiterhin im Bürgermeisteramt begleiten und beraten würden.

Die Forderung von mir, unabhängig zu bleiben, ließ sich leicht umsetzen; ich bin in keiner Partei oder Mitglied einer Wählergruppe und wurde auch von keiner vorgeschlagen. Mir war klar, entweder vertrauen mir die Bürger als unabhängigem Kandidaten oder sie bauen bei der Bürgermeisterwahl auf die zwei weiteren Kandidaten der konkurrierenden Wählergemeinschaften bzw. auf den Kandidaten der einzigen Partei, die in Seehof zur Wahl angetreten ist. Dass es in Seehof zwei Wahlgänge geben würde, war offensichtlich, denn bei insgesamt vier Bürgermeisterkandidaten wäre eine absolute Mehrheit im ersten Wahlgang mehr als unwahrscheinlich.

Die Wahl ist dank einer großen Wahlbeteiligung, insbesondere im zweiten Wahlgang, deutlich zu meinen Gunsten ausgegangen. Ich habe als unabhängiger Einzelkandidat die Stichwahl mit einem Drittel mehr Stimmen als mein Gegenkandidat gewonnen und bin im zweiten Wahlgang von zwei Wählergruppen unterstützt worden. Meine drei Gegenkandidaten haben sich zugleich für einen Sitz in der Gemeindevertretung beworben und sind alle drei für diese Periode auch als Gemeindevertreter gewählt worden. Von da an saß ich oft zwischen allen Stühlen.

## **Das Ehrenamt eines Bürgermeisters**

In Mecklenburg-Vorpommern wird ein ehrenamtlich tätiger Bürgermeister direkt von der Bevölkerung gewählt. Er kann Mitglied einer zur Wahl stehenden Partei oder Wählergruppierung sein und auch als unabhängiger Kandidat von einer Partei oder Wählergruppe vorgeschlagen werden. Er wird jedoch immer direkt gewählt, unabhängig davon, wie groß die ihn vorschlagende Partei oder Wählergemeinschaft in der Gemeindevertretung auch sein mag.

Der Bürgermeister ist gesetzlicher Vertreter der Gemeinde und er nimmt die Aufgaben des Vorsitzenden der Gemeindevertretung wahr. Der Bürgermeister entscheidet zudem in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nicht von der Gemeindevertretung oder einem Hauptausschuss wahrgenommen werden. Die Unabhängigkeit eines ehrenamtlich tätigen Bürgermeisters ist ein zentrales Element der Direktwahl in Mecklenburg-Vorpommern. Der Bürgermeister ist bewusst nicht „Angestellter“ der Gemeindevertretung.

Ich habe das Bürgermeisteramt als einen Vermittlungsdienst verstanden. Der ehrenamtliche Bürgermeister ist als gewählte Vertrauensperson die Brücke zwischen der Gemeindevertretung und den Bürgern und ebenso die Brücke zwischen der Amtsverwaltung und den Bürgern oder auch zwischen der Amtsverwaltung und der Gemeindevertretung.

Ein Bürgermeister ist der Kommunalverfassung und natürlich seinem Gewissen verpflichtet. Er leitet die Gemeindevertretersitzungen und sorgt dafür, dass die rechtmäßigen Beschlüsse der Gemeindevertretung durch das Amt umgesetzt werden. Da ein ehrenamtlicher Bürgermeister keine hoheitlichen oder ordnungsrechtlichen Aufgaben erfüllt, liegt die alleinige Umsetzungsverantwortung von Beschlüssen immer bei der zuständigen Amtsverwaltung.

In der Gemeindevertretung unseres Dorfes wurde vielfach die Einstellung vertreten, der Bürgermeister sei nur ein Erfüllungsgehilfe der Gemeindevertretung; er dürfte also keine eigene Meinung kundtun oder veröffentlichen und sei ausschließlich der Mehrheitsmeinung der Gemeindevertretung verpflichtet. Die Gemeindevertretung – so einige Gemeindevertreter – ist der Arbeitgeber des ehrenamtlich tätigen Bürgermeisters und es ist ihm darum untersagt, die Gemeindevertretung und ihre Beschlüsse zu kritisieren. Diese Rechtsmeinung steht jedoch nicht im Einklang mit der Kommunalverfassung in Mecklenburg-Vorpommern. Vielmehr ermächtigt die Kommunalverfassung den Bürgermeister, eine kritische Haltung zu den Beschlüssen gegenüber einzunehmen und verpflichtet ihn sogar, in gebotenen Fällen zu widersprechen.

In der Seehofer Gemeindevertretung hatte ich oft den Eindruck, dass gerade diejenigen juristisch gebildeten Gemeindevertreter, die selbst gerne zum ehrenamtlich tätigen Bürgermeister gewählt worden wären, meine Rolle und meine Unabhängigkeit

öffentlichkeitswirksam kritisierten. Mit einer erstaunlichen Empörungskultur in Worten und Gesten hielten sie mit rechtlich zweifelhaften Meinungsbekundungen nicht hinterm Berg. Ein Gemeindevertreter hat beispielsweise öffentlichkeitswirksam ausgeführt, dass der Bürgermeister selbst nur ausführendes Organ der Gemeindevertretung ist, und als Amtsperson/Ehrenbeamter es ihm nicht zusteht, seinen Arbeitgeber öffentlich zu kritisieren. Im sozialen Netzwerk WhatsApp wurde ich mehrmals als ehrenamtlicher Bürgermeister mit gefährlichem Halbwissen bezeichnet, der der Gemeinde zum großen Schaden würde. Weiteres zu solchen öffentlichen Kampagnen können Sie im Kapitel „Anfeindung, Verleumdung und öffentliche Herabwürdigung“ lesen.

Auf solche Kommentare und Äußerungen in sozialen Netzwerken habe ich kein einziges Mal reagiert oder geantwortet. Demokratische Prozesse werden nicht über WhatsApp ausgetragen. Ich weiß, dass die Verfasser der bissigen Botschaften meine Nichtreaktion am meisten geärgert hat.

In einer Woche habe ich durchschnittlich ca. drei bis fünf Stunden täglich für die Gemeinde gearbeitet. Gleich zu Beginn meiner Amtszeit hatte ich mir vorgenommen, anders als meine Vorgängerin, vorrangig im Gemeindebüro zu arbeiten; ich wollte bewusst den privaten und familiären Raum weitgehend von der Tätigkeit als Bürgermeister freihalten (eine Absicht, die sich leider nie ganz erfüllt hat). Die Arbeit im Gemeindehaus

sollte zudem auch das sichtbare Signal setzen, der Bürgermeister ist anwesend und steht für Gespräche und auch für unangemeldete Besuche zur Verfügung. Durch meine tägliche Anwesenheit sollte das Gemeindehaus mit mehr Leben gefüllt werden und somit auch als öffentliches Bürgerhaus präsenter werden. Dieser Wunsch hat sich alsbald erfüllt: Oft kamen Einwohner einfach mal so in mein Büro, trugen persönliche Anliegen vor oder erkundigten sich nach Gemeindevorhaben. So ähnlich war es auch mit den Bürgersprechstunden. Jede Woche donnerstags eine solche Sprechstunde durchzuführen, schien zu Anfang eine Last zu sein, aber bald erkannte ich, dass etliche Bürger diese wöchentliche Kontinuität schätzten.

Eine große Hilfe war die Digitalisierung von Arbeitsprozessen und Verwaltungsaufgaben. Durch die Anschaffung eines modernen PCs und diverser Übertragungstechnik konnten viele Aufgaben besser und zeitnaher erledigt werden. Ohne die ehrenamtliche Hilfe und die Ideen eines mir zur Seite stehenden sachkundigen Einwohners wäre ein Großteil der IT-Aufgaben nicht zu erfüllen gewesen. Die Homepage mit ihrer großen Vielfalt, Aktualität und Transparenz oder die online Übertragung der Gemeindevertretersitzungen oder manche Veranstaltungsvorbereitung wären ohne seine Hilfe und sein Know how kaum möglich gewesen. Die Gemeinde Seehof war in dieser Hinsicht manchen anderen Gemeinden im Amt voraus und hat etliche Prozesse digitaler Verwaltungsarbeit im Amt angeregt und als Pionier eingeführt.

Der digitale Sitzungsdienst – Übertragung aller Sitzungsunterlagen, Einladungen und Beschlüsse auf digitale Endgeräte der Gemeindevertreter – war jedoch Segen und Fluch zugleich. Einerseits wurde die Gemeindevertretung somit weitgehend papierfrei, zugleich aber nahm das Interesse und die Leseduld einiger Gemeindevertreter an den mitunter über 100 Seiten umfassenden Unterlagen pro Sitzung ab. Die Gemeinde und das Amt konnten auf diesem Wege Kopier- und Versandarbeitszeit und damit verbundene Kosten sparen. Andererseits konnte ich beobachten, dass etliche Gemeindevertreter sich mit der digitalen Technik schwertaten. Die Notwendigkeit der digitalen Beschlussvorlagen mit ihren vielen angehängten PDF-Dokumenten war durchaus zu Beginn der Umstellung umstritten. In einigen Fällen der Unterlassung gründlichen Lesens kam es sogar vor, dass Gemeindevertreter den digitalen Sitzungsdienst als ausgelagerte, mehr oder minder unzuverlässige, elektronische Plattform des Amtes beschimpften.

Die Seitenfülle, die das Amt in einem speziellen Online-Programm auf den Endgeräten der Gemeindevertreter zum Download bereitstellte, verführte wohl manchen Gemeindevertreter dazu, schnell umzublättern und die Vorlagen nicht immer in Gänze zu lesen. Ich hatte mitunter sogar den Eindruck, dass Gemeindevertreter die Sitzungsunterlagen erst im Verlauf der Sitzung auf ihrem Tablet öffneten und somit meiner Meinung nach nur begrenzt entscheidungskompetent waren.



Diejenigen Gemeindevertreter, die sich dem digitalen Sitzungsdienst angeschlossen hatten, erhielten eine Aufwandsentschädigung von 20,00 Euro pro Monat für die damit verbundenen Internetbereitstellungskosten.

Als Bürgermeister erhält man viele Mails und Nachrichten. Im Durchschnitt eines Tages erreichen mich ca. 15 bis 20 Mails; gut die Hälfte sind Informationen aus dem Amt, ein Viertel sind Anliegen von Einwohnern oder Gruppen der Gemeinde. Die restlichen Mails verteilen sich auf Newsletter, halbamtliche Mitteilungen von Diensten oder Serviceorganisationen. Mir war schnell klar, dass die vielen Nachrichten gefiltert werden müssen. Eine unsortierte Weiterleitung aller Nachrichten von übergemeindlichen Diensten und allgemeinen Agenturen an die Gemeindevertreter oder an die Mitglieder der beratenden Ausschüsse, verbunden mit der Bitte, sich mit den Inhalten vertraut zu machen, würde mithin zur Überforderung führen oder als Spam weggetan werden.

In der ersten Hälfte meiner Amtszeit als Bürgermeister habe ich dennoch sehr viele Unterlagen und Informationen unter Transparenzgesichtspunkten an die Vertreter und die Ausschüsse weitergeleitet. Ich habe jedoch feststellen müssen, dass die vielen weitergeleiteten Mitteilungen nur von wenigen Mitgliedern gelesen wurden. Zur Kenntnis genommen wurden vorbereitende Unterlagen, Konzepte oder Papiere zumeist erst dann, wenn

sie zu einer Beschlussvorlage in der Gemeindevertretung wurden. Meine Überlegung, dass sich die Vertreter oder Ausschussmitglieder bereits im Vorfeld mit Sachverhalten vertraut machen würden, ging häufig nicht auf und verlängerte auf Grund mangelnder inhaltlicher Kenntnis der begründenden Unterlagen oft die Beratungszeit in den Sitzungen. Auch der Versuch, die Gemeindevertreter zu vorbereitenden Gesprächen zum besseren Verständnis von komplizierten Sachverhalten einzuladen, wurde von einigen Gemeindevertretern als bürgermeisterliche Beeinflussung abgelehnt. Was in anderen Gemeinden gängige Praxis ist, nämlich sich gemeinsam im Vorfeld einer Gemeindevertretersitzung untereinander zu verständigen und Mehrheiten zu zuchen, wurde in Seehof diskreditiert und dargestellt als der Versuch des Bürgermeisters, in seinem Sinne die Mitglieder der Vertretung zu beeinflussen. In einigen Wählergemeinschaften wurden die Sitzungen der Gemeinvertretung gleichwohl gut vorbereitet, jedoch ohne Abstimmung mit anderen Wählergemeinschaften oder Parteien.